

die in einem so fremden Land erforderliche Hilfestellung hat“.

Dank des von Siemens-Jentzsch und AOK-Oldiges festgelegten Programms der „Japan-Reise des AOK-Bundesverbandes“ – eine Woche Tokio, eine Woche Osaka – verliefen die Tage bisher strapazenfrei und waren auch intellektuell bekömmlich.

Den Einstieg ins fachlich Fremde absolvierten die AOK-Spitzenfunktionäre bei einem „Einführungsdinner im Hotel New Otani Sheraton“, ihrer Tokioer Unterkunft, mit dem Siemens-Japan-Repräsentanten Wolfgang Raible. Weitere Aufklärung wurde ihnen bei einem „Dinner und Gespräch mit Herrn Rohde, Bayer Japan“, und beim Hotelfrühstück „mit Sozialreferent der Botschaft“ zuteil. Nach dieser Einstimmung in Nippons Gesundheitswelt waren „Höflichkeitsbesuche“ im japanischen Wohlfahrtsministerium und beim Tokioer Sozialversicherungsamt mühelos zu meistern. Ein fast zweistündiges „Fachgespräch mit Abteilung Sozialpolitik“ und eine „Zusammenkunft mit Repräsentanten der Pharma-Industrie Japans“ verliefen ebenso problemlos wie der programmierte „Besuch Krebszentrum“, „Besuch Ärztekammer Japan“ und „Besuch Arbeitgeberverband Nikkeiren“.

Einblicke in Japans kulturelle und industrielle Welt vermittelten eine mehrstündige Bustour „Sightseeing Tokio“, ein Gastmahl im „Geisha-Haus“ sowie ein „Besuch Siemens Medical“ und ein „Besuch der Firma Fujitsu, Hersteller von medizinischer Elektronik“.

Am vergangenen Samstag schließlich genossen die AOK-Touristen ein Erlebnis, das selbst Einheimische stets von neuem hinreißt. Nach einem „Vormittag zur freien Verfügung“ ratterten sie mit dem legendären Schienenrenner Shinkansen dreieinviertel Stunden von Tokio nach Osaka, vorbei an Japans berühmtestem Naturdenkmal, dem 3776 Meter hohen Vulkankegel des Fudschijama. Für Sonntag war, vom Sheraton Hotel Ana aus, eine Bildungstour nach Kyoto geplant, Krönungsstadt japanischer Kaiser, weltweit gerühmt ob ihrer buddhistischen Tempelanlagen mit dem Heian-Schrein.

Auch der Rest der zweiwöchigen Unternehmung bis zur Abreise am Freitag



AOK-Geschäftsführer Oldiges: Hilfestellung von Siemens

dieser Woche wird den AOK-Ausflüglern noch viel Interessantes bieten. Sie absolvieren ein „Sightseeing Osaka“, suchen die Koya-San-Tempel-Anlage auf und durchforschen Nara, im achten Jahrhundert die Hauptstadt Japans, östlich von Osaka gelegen. Daneben steht das Kreislaufzentrum von Osaka auf dem Programm, „Lunch“ und „Dinner bei Bayer Yakuin“ und eine „Diskussion mit Repräsentanten der Firma Ciba-Geigy“.

Mit diesen repräsentativen Pharmamenschen hätte sich allerdings auch in der Bundesrepublik diskutieren lassen – im Interesse der Beitragszahler vielleicht sogar über Kostendämpfung. Der Schweizer Chemie-Gigant Ciba-Geigy unterhält seine Deutschland-Dependance im badischen Wehr, und die Bayer-Weltzentrale in Leverkusen ist nicht weit von Bonn.

182 000 Mark, soviel wie 482 Monatsbeiträge im Schnitt, kostet das AOK-Reiseunternehmen die Versicherten. 140 000 Mark gehen für die Reisekosten, 42 000 für Spesen drauf.

Ob die AOK-Spitzenriege in Japan gelernt hat, wie man im Interesse der Versicherten härter mit Ärzte-Standesfürsten und Pharma-Managern verhandelt, könnte der aufsichtführende Bundessozialminister Norbert Blüm am übernächsten Mittwoch erfragen. Da wird das AOK-Dreigestirn Balzer, Heitzer und Oldiges nach Bonn eilen. Japan-Tourist Balzer wird an diesem Tage mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

UMWELT

Bringt ok mehr

Ein rätselhaftes Viehsterben befällt seit Jahren einen Hof in Schleswig-Molstein.

Karl Cordsen, 63, Landwirt in der sechsten Generation, bewirtschaftet seit vier Jahrzehnten einen eigenen Hof – zuerst bei Kappeln an der Ostseeküste, nun im hügeligen Hinterland Angeln.

Sein Getreide stand „immer gut“, erinnert sich der Alte, sein Vieh war „voll im Saft“. Wenn ihm doch mal eines seiner Tiere nach einer Krankheit einging, war das die „glatte Ausnahme“.

Seit sieben Jahren aber gerät die Ausnahme auf seinem Hof in Klein Boren nahe der Schlei zur Regel: An die 100 Kühe und Kälber, sagt der Bauer, sind ihm seit 1978 aus unerklärlichen Gründen weggestorben, rund 70 Schweine zum Teil jämmerlich verendet.

Mindestens noch mal: so viele Tiere mußte Bauer Cordsen notschlachten, weil sie, wie man auf dem Land sagt, „kümmerten“. „Eine weitere Verwendung für Zucht oder Mast“, urteilte sein Tierarzt Herrmann Dederichs, wäre „unrentabel“ gewesen.

Während die Veterinäre vor einem Rätsel stehen, weil Symptome für eine Tierseuche sich bei Cordsens Tieren nicht ausmachen lassen, haben Umweltexperten eine mögliche Erklärung für das mysteriöse Viehsterben: Sie vermuten, so der Hamburger Arzt und Dioxin-Experte Karl-Rainer Fabig, die Ursache in einer „Vergiftung des Bodens“ mit chemischen, womöglich dioxinhaltigen Pflanzenvernichtungsmitteln.

Bereits 1973, erinnert sich Bauer Cordsen, sei ein Bach, der seine Koppel durchquert, chemisch entkrautet worden. Als daraufhin die ersten Tiere starben, schöpfte er den Verdacht, daß damals nach der beliebten Bauernregel gespritzt worden war: „n beten mehr bringt ok mehr.“

Im Sommer 1978 sei dann auch der Raps auf einem Nachbargrundstück chemisch behandelt und ein Knick „totgespritzt“ worden. Der Wind habe die Chemikalien-Wolken über seine angrenzenden Koppeln und Felder geweht.

Danach, sagt Cordsen, fielen Tiere auf der Weide „gleich reihenweise“ um, gingen Hühnern die Federn aus, kümmernten das Getreide und das Vieh. Ärztlicher Befund: „Flächenartiger Haarausfall, Euteranschwellungen, Gelbverfärbungen der weißen Hautpartien, Minderwuchs, Abfallen des Gehörns, Maulbluten, Anschwellen und Verfärbung der Leber, Unfruchtbarkeit, eingeschränkte Milchproduktion.“

Selbst neu gekaufte Tiere gingen, wenn sie erst mal im Cordsen-Stall standen, in ihrem Wachstum „rückwärts statt vorwärts“, wie ein Viehexperte beobach-



Landwirt Cordsen, kranke Kuh: „Das geht doch nicht . . .“

tete: „Das geht doch nicht mit rechten Dingen zu.“

Das fand auch das Umweltbüro der Kieler Sozialdemokraten, an das sich letztes Jahr der Bauer in seiner Not gewandt hatte. Wochenlang recherchierte im SPD-Auftrag der Biologe Wolfgang-Dieter Glanz den Fall. Fazit der Untersuchung: „Begründeter Verdacht“, daß auf dem Hof „tatsächlich ein Umweltproblem existiert“.

Biologe Glanz hält es ebenso wie der Hamburger Arzt Fabig für „sehr wahrscheinlich“, daß auf Borener Ländereien allzu sorglos mit hochgiftigen Pestiziden wie 2, 4, 5-T hantiert worden ist. Auf diesem Stoff basierende Spritzmittel wie das BASF-Produkt „U 46 MT“ waren auch im Angelter Land jahrelang zur Bekämpfung von „zweikeimblättrigen Unkräutern“ im Winter- und Sommergetreide sowie auf Wiesen und Weiden verwendet worden.

Erst seit Ende letzten Jahres ist die hochgiftige Substanz, die immer mit Dioxinen wie dem Sevesogift TCDD verunreinigt war und nach US-Sprühaktionen im Vietnamkrieg den Dschungel entlaubte und Tausende von Menschen unheilbar schädigte, in der Bundesrepublik als Schädlingsbekämpfungsmittel nicht mehr zugelassen.

Zuvor „eigentlich nur in Vietnam gesehen“ hat Umweltmediziner Fabig einige Symptome, die der Hausarzt bei dem Angelter Bauern und dessen Frau mit „Verdacht auf chronische Pflanzenschutzmittelvergiftung“ diagnostiziert hatte: Beide leiden an einer Lebererkrankung und klagen häufig über „Übelkeit, Brechreiz, Magen-Darm-Krämpfe“ sowie Gleichgewichtsstörungen. Diese Anzeichen sind, so Fabig, „in ihrem Ge-



Umwelt-Mediziner Fabig
... mit rechten Dingen zu“

samtspektrum typisch“ für Dioxin-Vergiftungen.

Ebenso „beklemmend“ (Glanz) wie die gesundheitlichen Folgen muten die Reaktionen der örtlichen Behörden und der landwirtschaftlichen Organisationen im Fall Cordsen an. Der Geschäftsführer des zuständigen Raiffeisen-Bezugsvereins, Hans-Detlef Jensen, etwa wertet die Angelegenheit als „Witzgeschichte“ und deutet dunkel an, für das Tierleiden seien „ganz andere Gründe“ verantwortlich. Jensen: „Kiek mol an, wat sien Vieh futtert.“

Die Amtstierärzte der zuständigen Kreisbehörde wollen an den Rindern, abgesehen von einem durchweg „schlechten Ernährungszustand“, so

Tierarzt Ernst-Otto Rathsfeld, „keine Veränderungen festgestellt“ haben. Und die Flensburger Staatsanwaltschaft stellte ihre Ermittlungen wegen „fahrlässiger Körperverletzung“ ein, nachdem sie „noch nicht einmal den Nachweis“ für irgendwelche Spritzungen hatte erbringen können.

An Indizien, die den Verdacht des Bauern stützen könnten, waren Behörden und Ämter nach Ansicht des SPD-Rechercheurs Glanz allerdings auch „nicht sonderlich interessiert“. So werden beispielsweise wiederholte, deftige Chemie-Einsätze von mehreren Nachbarn bestätigt.

Ein amtlich anerkannter Tierbeschauper nimmt den Landwirt auch gegen den Verdacht in Schutz, er habe seinen Betrieb falsch geführt: „Der Hof wird geführt, wie es sich gehört. Stallungen sind sauber, kein schlechtes Heu, nix. Wer was anderes sagt, der spinnt.“ Sogar das Veterinäramt des Kreises bescheinigte Cordsen, Vorwürfe gegen ihn seien „weder aus tierschutzrechtlichen noch aus seuchenhygienischen Gründen gerechtfertigt“.

Bei zwei Rindern hatten die Veterinäre des Landes bereits 1980 „Wachstumsstörungen“ festgestellt. Die Ärzte befanden, es sei „nicht auszuschließen“, daß die Schäden „mit der Anwendung eines Herbizids“ in Zusammenhang stünden. Auch die Tierkörperverwertungsanstalt Jagel und die tierärztliche Verrechnungsstelle in Heide führen die verendeten oder erkrankten Cordsen-Tiere in ihren Unterlagen als „vergiftet“.

Von den Behörden übersehen würde auch ein Hinweis von Amtstierarzt Rathsfeld, der notiert hatte, daß zwei im Jahre 1980 von ihm untersuchte Rinder entweder von einem Virus befallen oder „durch Gramoxone vergiftet“ sein könnten, ein inzwischen ebenfalls nicht mehr zugelassenes Pestizid.

Untersuchungen des Fettgewebes, mit deren Hilfe Dioxinrückstände hätten nachgewiesen werden können, sind bislang ebenso unterblieben wie etwa Milch- oder Bodenproben. Doch das soll nun anders werden.

Letzten Monat offerierte die Landes-SPD der Flensburger Staatsanwaltschaft zur „Ursachenermittlung“ die „Leber eines Schafes und Leber und Niere zweier Rinder“, die Rechercheur Glanz bei notgeschlachteten Cordsen-Tieren sichergestellt und tiefgefroren hat.

Zugleich forderte das SPD-Umweltbüro die Staatsanwälte auf, das „unverständlich zögerliche Handeln aller zuständigen Behörden“ zu überprüfen – auf die Straftatbestände „Rechtsbeugung“ und „Strafvereitelung im Amt“.